

vier Fällen war eine dritte Person (alle männlich), in zwei Fällen der Vater und in einem Fall der Sohn (gegen den Vater) der Täter."

Armutsrisiko Scheidung

Und wie sieht es bei den Geschiedenen aus? Die Autoren der als Gesetzentwurf vorliegenden Scheidungsreform geben selbst als Beweggrund an, dass im aktuellen System Frauen die Gebeutelten sind. Die CEPS-Studie "Dynamique de pauvreté, événements matrimoniaux et événements d'emploi en Europe" zeigt, dass in Luxemburg wie in der gesamten Europäischen Union, eine Scheidung weit stärker das Risiko von Frauen als von Männer erhöht ärmer zu werden, während sich für Männer eine Scheidung finanziell positiv auswirkt: "La désunion apparaît donc clairement et comme attendu, du point de vue de son impact sur les transitions de pauvreté, comme un facteur fortement discriminant selon le genre au détriment des femmes." Das Armutsrisiko ist noch höher in Ländern mit konservativem Wohlfahrtsmodell wie Luxemburg.

Immer wieder wird in Bezug auf das Scheidungsrecht auf die ungleiche Behandlung der Väter hingewiesen. Beispiel Besuchsrecht von geschiedenen Vätern: Tatsächlich gibt es durchaus Fälle, in denen Mütter gerichtliche Entscheidungen nicht respektieren. Aber, so Karin Manderscheid: "Was mich persönlich besonders ärgert, ist, dass immer nur von den Fällen geredet wird, wo das Besuchsrecht verweigert wird. Die Fälle, wo Väter zwar das Besuchsrecht anfragen, es dann aber nicht ausüben, sind weit häufiger. Das bedeutet für die Mütter, dass sie sich nie ein Wochenende lang vom Alleinerzieherstress erholen können." Im Unterschied zu anderen Bereichen ist die Situation von Geschiedenen noch wenig erforscht: Sowohl für das Besuchsrecht als auch für Unterhaltskosten oder Erziehungsrecht fehlen bislang Statistiken und wissenschaftliche Analysen. Geschlechterdifferenziertes Zahlenmaterial gehört aber zu den Maßnahmen, die im Nationalen Aktionsplan für Chancengleichheit vorgesehen sind. Höchste Zeit, dass auch die Justizurteile zu einem Thema für Gendermainstreaming werden.

Trotzdem stellt sich die Frage, weshalb die angebliche Diskriminierung von Männern ins Zentrum der öffentlichen Diskussion gerückt wird? Vielleicht, weil die Umsetzung von Gleichberechtigung unausweichlich eine Veränderung der gesellschaftlichen Positionen von Männern und Frauen herbeiführt. Oder, wie es die Präsidentin des CNFL ausdrückt: "Eine Reihe von angestammten Rechten der Männer werden mittlerweile in Frage gestellt. Manche Leute kommen nicht klar damit, dass damit an den Grundfesten eines Gesellschaftsmodells gerüttelt wird."



An der Institution der Ehe soll trotz Scheidungsreform nicht gerüttelt werden.

SCHEIDUNGSRECHT

Friede, auch in schlechten Zeiten

Die Reform des Scheidungsrechts soll Frieden stiften - in Zeiten, in denen sich die Wege der Ehepartner trennen. Das Gesetz fördert Abhängigkeit statt Autonomie, kritisiert dagegen der CNFL.

(dw) - "In guten und in schlechten Zeiten, bis dass der Tod euch scheidet". Mit diesem Schwur wird in der Kirche die Ehe besiegelt. Die säkulare Version des Ehegelübdes ist da schon etwas fortschrittlicher: "Les époux se doivent fidélité, secours, assistance." Im Luxemburger Code civil, der das Eherecht beschreibt und immerhin auf dem Code Napoléon von 1804 beruht, steht auch zu lesen: "Si l'un des époux, s'acquitte de sa contribution par son activité au foyer, l'autre est obligé de lui fournir tout ce qui est nécessaire pour les besoins de la vie, selon ses facilités et son état." Mit anderen Worten: Einer sorgt für den andern, wenn dieser sich entscheidet, zu Hause am Herd zu bleiben.

Dieses Gesetz trage dazu bei, dass das patriarchale Modell konserviert wird, findet der Conseil National des Femmes Luxembourgaises (CNFL). Eine neue Reform der Institution Ehe ist derzeit nicht in der Diskussion, auf dem Tisch liegt jedoch schon seit drei Jahren ein Gesetzesvorschlag für ein neues Scheidungsrecht. Und diese Reform sieht fundamentale Änderungen in der Rechtsprechung für die Trennung von Ehepaaren vor. Etwa, dass die Notion der "Schuld" gänzlich abgeschafft wird. Ein Punkt,

der sogleich die Kritik des CNFL hervorrief: "Wir sind nicht gegen die Reform des Scheidungsrechtes", sagt Anik Raskin. Doch "man kann nicht einerseits die Schuld bei der Trennung abschaffen, wenn gleichzeitig die Rechte und Pflichten in der Ehe bestehen bleiben." Dies fördere weiterhin Abhängigkeit statt Autonomie. Beide Ehepartner sollten eigentlich in ihrem jeweiligen Handlungsspielraum unabhängiger voneinander werden. Tatsächlich sieht das seit drei Jahren vorliegende Gesetzesprojekt aber weitere Punkte vor, die sich eher in die entgegengesetzte Richtung bewegen.

Ziel ist eine "pacification des relations entre les conjoints durant et après la procédure de divorce", heißt es im "exposé des motifs" des Gesetzesprojektes. Neben der Abschaffung der "notion de faute" stellt dabei vor allem die Umwandlung der "pension alimentaire" in eine "indemnisation" den fundamentalen Unterschied dar. Ein Paradigmenwechsel, findet der CNFL. "Die Höhe der Alimente wird somit nicht mehr an den tatsächlichen Bedürfnissen, sondern am erlittenem Verlust gemessen", erklärt Anik Raskin. "Zudem wird dieser Betrag künftig vom Gericht bestimmt." Damit werde das Abhängigkeitsverhältnis wei-

ter gefördert. "Prinzipiell sind wir auch dagegen, dass das Recht auf Rente mit in diese Entschädigungszahlung einbezogen wird", so Raskin. Seit Jahren spricht sich der CNFL dafür aus, dass innerhalb einer Ehe das Einzahlen in die Rentenkasse für beide Teile obligatorisch wird und somit das Recht auf Rente unabhängig von der ehelichen Situation besteht.

Nein zur Schuld, Ja zu Rechten und Pflichten

Aus der Tatsache, dass zwei Drittel der Ehen in gegenseitigem Einvernehmen geschieden werden, könne man schließen, dass die Eheleute ihre Beziehung wie Erwachsene verwalten können und eine Heirat wie ein Abkommen zwischen zwei unabhängigen und verantwortlichen Personen angesehen werde, so der CNFL. Heirat dürfe nicht wie eine Garantie für Überlebensfähigkeit gesehen werden, das entspreche nicht mehr der Realität.

Zum Fazit: Wer die Schuld im Scheidungsrecht abschaffen will, muss auch das Heiratsrecht reformieren, kommt auch der Staatsrat: Eine Reform "au niveau des devoirs et droits du mariage serait plus efficace que de vouloir résoudre les problèmes au moment de la séparation du couple nullement propice à

de telles discussions", so der Staatsrat in seinem Avis vom März 2004. Andernfalls blieben die Verpflichtungen bestehen, ohne dass deren Nichteinhalten Konsequenzen zur Folge habe.

Eine weitere wichtige Änderung im Scheidungsrecht: Die bisheriger Wohnung wird dem, der die Kinder hat, zugewiesen. Auch davon hält der CNFL nichts: Auf diese Art und Weise drohen Kinder zu Geiseln im Kampf um die Wohnung zu werden, so die Kritik. Auch der Staatsrat kritisiert die Bestimmungen rund um das Recht auf die ehemals gemeinsame Wohnung. Es sei möglicherweise sinnvoll, dass das Gesetz den Wohnsitz der Kinder regelt. Das Gesetz sei jedoch an dieser Stelle nicht konsequent, da es von vornherein davon ausgehe, Wohnung oder Haus gehört einem der Ehepartner. Der Fall des gemeinsamen Besitzes werde ebenso wenig berücksichtigt wie der eines Mietverhältnisses.

Doch nicht nur in diesem Punkt lautet das Urteil des Staatsrates: mangelhaft. Der Gesetzesvorschlag sei mit Sicherheit von gutem Willen geleitet, so sein Fazit, es mangle jedoch "de rigueur juridique". Der Wille der Initiatoren, die Beziehungen unter Eheleuten während des Scheidungsprozesses vor allem im Interesse der Kinder zu befrieden, sei lobenswert, in dieser Form riskiere er jedoch sein Ziel zu verfehlen. Der Staatsrat empfiehlt eine gründliche Überarbeitung.

Ob sich der Gesetzgeber dabei auch an das Eherecht heranwagen wird, ist fraglich. Bis es soweit ist, könnte man sich - so empfiehlt es der CNFL - für die französische Form des Scheidungsrechts entscheiden. Dieses Gesetz räumt die Möglichkeit ein, auch bei einer einvernehmlichen Scheidung einen Teil der Streitpunkte vor Gericht zu klären. "So lange das Eherecht in der aktuellen Form bestehen bleibt", macht Anik Raskin klar, "können wir die Schuldfrage nicht völlig abschaffen".